Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5188

14.05.76

Fragen

für die Fragestunde der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. Mai 1976

Seite

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Trifft es zu, daß ein Generalstaatsanwalt des Landes Baden-Württemberg das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen als obsolet und seine Anwendung für unzulässig erklärt hat, und wenn ja, wird die Bundesregierung diese Erklärung zum Anlaß nehmen festzustellen, ob das genannte Bundesgesetz im Land Baden-Württemberg dem geltenden Recht gemäß ausgeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Mit welchem Erfolg wurden die für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses zur Verfügung gestellten Bundesmitteln eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Um wieviel haben sich die Rinder- und Schweineimporte aus der DDR im ersten Vierteljahr 1976 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs erhöht, und welche Mengen kamen aus anderen Ostblockländern in die Bundesrepublik Deutschland?

4. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesrepublik Deutschland bereit, angesichts der rapide zurückgegangenen Vieh- und Fleischexporte nach Italien diese Einfuhren entsprechend zu drosseln?

5. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rinder- und Schweineimporte aus der DDR insbesonders nach Bayern stark zunehmen, und was gedenkt sie bei Marktstörungen zu unternehmen?

6. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung die Milch- und Fleischwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland — insbesondere Bayerns — vor Marktverlusten in Italien zu schützen, die durch die neuen nicht EG-konformen Importrestriktionen der italienischen Regierung entstehen, und wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen mit der französischen Regierung abstimmen?

7. Abgeordneter **Dr. Ritgen** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die deutschen Gemüsekonservenfabriken vor den Wettbewerbsvorteilen anderer EG-Länder zu schützen und dadurch eine fortschreitende drastische Einschränkung des Feldgemüsebaus (u. a. im Raum Warburg/Westf.) aufzuhalten bzw. umzukehren?

8. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung bzw. ist sie bereit zu ergreifen, daß für die Landwirtschaft ein reibungsloser Export ihrer Erzeugnisse nach Italien, insbesondere auf dem Vieh- und Fleischsektor sowie bei Milch und Milcherzeugnissen, gegeben ist?

9. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß hinsichtlich des italienischen Exports der deutschen Landwirtschaft, die vor dem 6. Mai 1976 durchgeführten Warentransaktionen von der Depotbelastung freigestellt werden, die in der entsprechenden Verordnung der europäischen Kommission gebotenen Möglichkeit genutzt wird, daß die von der Bardepotregelung besonders hart betroffenen Produktgruppen von der Importbeschränkung herausgenommen werden und für die deutschen Agrarexporte eine Exportsicherung eingeführt wird, die der Regelung in anderen EG-Staaten entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Wie weit ist das von der Bundesregierung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage vom 16. Februar 1972 (Drucksache VI/3149) angekündigte Vorhaben, die Festlegung der Vergütung für die Tätigkeit der Mitglieder der Einigungsstelle nach § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes durch Gesetz näher zu regeln, gediehen?

11. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Vergütung für die Tätigkeit der Mitglieder der Einigungsstelle auf der Basis der Rechtsanwaltsgebührenordnung für gerechtfertigt an?

12. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, angesichts des zu erwartenden Überschusses an Arbeitskräften, in den nächsten Jahren ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das dennoch eine geringe Arbeitslosenquote sichert?

13. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Überlegungen zu, die Arbeitszeit (Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit) zu verkürzen, etwa durch Vorziehen der Altersgrenze, Verlängerung der Bildungszeiten, Verlängerung des Urlaubs und Reduzierung der Wochenarbeitszeit?

14. Abgeordneter **Geiger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den Sozialversicherungsabkommen jeweils eine Amtshilfe vorgesehen ist, aber Krankenkassen bei der Verfolgung und Realisierung von Schadensersatzforderungen im Sinne des § 1542 RVO gegen im Ausland befindliche Schädiger keine ausreichende Hilfe der verpflichteten ausländischen Stellen erhalten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine Verbesserung der Amtshilfe der ausländischen Träger zur Durchführung von Schadensersatzansprüchen nach § 1542 RVO deutscher Sozialversicherungsträger gegen im Abkommensausland befindliche Schädiger zu erreichen?

15. Abgeordneter **Mahne** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in den vergangenen Jahren durch den Bau von eigenen Kurkliniken einen schwerwiegenden Eingriff in die bestehende Infrastruktur der deutschen Heilbäder und Kurorte sowie eine Existenzbedrohung der mittelständischen privaten Kurheimbetriebe bewirkt hat, und ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bei der Durchführung von Heilverfahren bisher von ihr belegte Kurheime weiterhin mit Kurpatienten belegt und auf den sehr kostenintensiven Neubau von eigenen Kurkliniken verzichtet?

16. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 40% der Zivildienstplätze im Bereich der Kirchen und der Diakonie derzeit nicht besetzt sind, und wie hoch ist die Zahl der Wehrdienstverweigerer, die keinen Zivildienst ableisten?

17. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei den Krankenversicherungsträgern auf eine Vereinheitlichung der Krankenscheine und anderer Leistungsformulare hinzuwirken, weil dadurch nach Auffassung des Verbands der Arztfrauen bis zu 15% Verwaltungsaufwand in den Arztpraxen und bei den Abrechnungsstellen erreicht werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

18. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Überfliegen der Insel Helgoland durch Düsenjäger in niedriger Höhe zum Schutz der Bevölkerung und der zahlreichen Touristen zu unterbinden, nachdem in letzter Zeit dadurch Fensterscheiben zu Bruch gingen und Felsstürze auf diese Lufttätigkeit zurückgeführt werden?

19. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie im Spiegel Nr. 19/1976 vermeldet — beim Bundesverteidigungsministerium eine Fragebogenaktion angelaufen ist, und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen ihrer Beteuerung, die Intimsphäre des Bürgers schützen zu wollen, mit dieser Aktion?

20. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den Kultusministern der Ländern gemeinsam eine großzügigere Regelung anzustreben, daß für Abgänger der höheren Fachoberschulen FOS 12, die am 1. Juli zum Wehrdienst eingezogen werden, Abschlußprüfungen und Zeugnisübergaben wenigstens einige Tage vor dem Einzugstermin vorgenommen werden?

21. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Regelung mit den Kultusministern abzusprechen, Schülern der FOS 12, die die Abschlußprüfung im ersten Anlauf nicht bestehen, denen aber nach der Härteregelung der Kultusminister auf Grund eines Erlasses die Möglichkeit eingeräumt wird, sich einer Nachprüfung binnen 14 Tagen zu unterziehen — eventuell durch Beurlaubung oder Freistellung für diese Zeit vom Wehrdienst entgegenzukommen —, damit sie in ihrer künftigen beruflichen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

22. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu Meldungen aus Ärztekreisen über eine angeblich in einigen Jahren drohende Überfüllung des Arztberufs?

23. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche Gründe stehen einer bevorzugten Zulassung solcher Bewerber zum Medizinstudium entgegen, die sich für eine spätere Tätigkeit in ärztlich unterversorgten Gebieten verpflichten?

24. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung den Vorwurf, der derzeitige Präsident des Bundesgesundheitsamts sei ein Leninist, und warum hat sie, falls sie dies nicht bestätigen kann oder will, den Präsidenten des Bundesgesundheitsamts nicht in Schutz genommen, wie es die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gebieten würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

25. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Einbeziehung von „Stoßdämpfertests" in die regelmäßigen TÜV-Untersuchungen, und welche Gebührenerhöhungen wären in solchem Zusammenhang zu erwarten?

26. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn derzeit mit nicht unerheblichen Kosten die Strecke Braunschweig—Hildesheim auf den elektrischen Fahrbetrieb umrüstet und gleichzeitig diese Strecke laut Karte für die Streckenstilllegung im Rahmen der Aktion Netzoptimierung vorsieht?

27. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Streckenstillegungspläne der Deutschen Bundesbahn — Linie Braunschweig/Salzgitter—Lebenstedt/Derneburg/Kreiensen; Linie Braunschweig/Salzgitter—Bad Seesen/Kreiensen; Linie Bad Harzburg/Salzgitter—Ringelheim/Derneburg/Hildesheim — förderlich sind für den Ausbau der Verkehrsinfraktruktur dieses Zonenrandgebiets und für die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze?

28. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung als Gesellschafter der Flughafen München II GmbH auf die Ersatzlandbeschaffung für abzusiedelnde Landwirte, und gedenkt die Bundesregierung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die planmäßige Fertigstellung des Flughafens München II sicherzustellen?

29. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen für die Frachtkosten der Wirtschaft, besonders in den dünner besiedelten peripheren Räumen, erwartet die Bundesregierung durch die Stillegung von Bundesbahnstrecken und -nebenstrecken in diesen Gebieten?

30. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Abstimmung zwischen Bund und Ländern die soziale Komponente beim Seniorenpaßangebot der Deutschen Bundesbahn so zu verstärken, daß besonders Bedürftige — etwa über die örtlichen Sozialämter — auch in den Genuß des Sonderangebots der Deutschen Bundesbahn kommen können?

31. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Trifft es zu, daß — wie im „Stern" Nummer 20 gemeldet — im Automobilbau in mehreren Fällen lebensrettende Erfindungen nicht in der Produktion eingesetzt wurden, um Patentge-

bühren zu sparen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf Automobilhersteller dahin gehend einzuwirken, diese bedenkliche Haltung aufzugeben und im Automobilbau Erfindungen einzusetzen, die nachweislich Menschenleben retten können und nicht erst abzuwarten, bis der Patentschutz für diese Erfindungen abgelaufen ist?

32. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Ertragssituation des von der Deutschen Bundesbahn betriebenen nichtschienengebundenen Güterverkehrs im Vergleich zum schienengebundenen Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn sowie zum privatwirtschaftlichen Straßengüterfern- und -nahverkehr dar?

33. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost verschiedenen Fernmeldeämtern, z. B. auch dem im Zonenrand gelegenen Fernmeldeamt Weiden, zum 1. September 1976 für die Einstellung von Auszubildenden keine Quote zugewiesen hat?

34. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Postscheckverkehr neuerdings gelbe Umschläge mit dem Aufdruck „Im Bundesgebiet und Berlin (West) gebührenfrei" verwendet werden, während der bisherige Text „Im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) gebührenfrei" lautete?

35. Abgeordnete **Berger Frau (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren gegebenenfalls für diese Änderung maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

36. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Mit welcher konkreten Zielsetzung wird die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen getragene Großausstellung zehn Jahre aktive Deutschlandpolitik durchgeführt?

37. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, die Großausstellung zehn Jahre Deutschlandpolitik, die in vielen deutschen Groß- und Mittelstädten bis zum 31. Oktober dieses Jahrs gezeigt wird, auch in Berlin zu zeigen und wenn nicht, aus welchen Gründen?

38. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, die die Angaben des Rechtsanwalts Stroebele bestätigen, daß die DDR-Regierung die Absicht hatte, die in Stammheim inhaftierten Anarchisten gegen Häftlinge der DDR-Justiz auszutauschen, weil Ulrike Meinhof in Ost-Berlin als Mitglied der illegalen KPD besonderes Ansehen genossen habe?

39. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die DDR-Behörden dem katholischen Weihbischof des Erzbistums Paderborn, Nordhues, die Erlaubnis zu einer Privatreise in die DDR ohne Angabe von Gründen verweigert haben?

40. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung bei der Verweigerung einen Zusammenhang damit, daß Weihbischof Nordhues bis zum Jahr 1961 im Kirchenbezirk Magdeburg tätig war, der kirchenrechtlich zum Erzbistum Paderborn gehört?

41. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Fälle der Verweigerung der Besuchserlaubnis für kirchliche Würdenträger durch die DDR haben sich nach Abschluß des Grundlagenvertrags ereignet?

42. **Abgeordnete Frau Pieser** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um Weihbischof Nordhues wie jedem anderen Bundesbürger die Einreise in die DDR zu ermöglichen?

43. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Auf welche der Einzelpunkte im III. Korb der Schlußakte von Helsinki bezieht sich die Aussage der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine schriftliche Anfrage vom 27. April 1976, daß die Bundesregierung „in der Vergangenheit . . ., gestützt auf die bilateralen Vereinbarungen mit der DDR, jede sich ihr bietende Möglichkeit" benutzt habe, „um zu Verbesserungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten zu gelangen", oder bedeutet diese Antwort, daß sich die Bundesregierung in den Gesprächen mit der DDR über menschliche Erleichterungen überhaupt nicht auf die Schlußakte von Helsinki stützt, weil diese Vereinbarungen nicht bilateral zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abgeschlossen sind?

44. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die Aussage der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine in Frage 43 bezeichnete schriftliche Anfrage, „daß es erst im Jahr 1977 in Belgrad möglich sein wird, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen", daß die seit der Schlußakte von Helsinki von der Bundesregierung gegebenenfalls unternommenen Anstrengungen, die menschlichen Erleichterungen in Korb III dieser Schlußakte in die Wirklichkeit umzusetzen, gegenwärtig für eine erste Zwischenbilanz noch nicht ausreichen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

45. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler die Meinung vertreten hat, der bessere Auftragseingang bei der Automobilindustrie sei eine Dauererscheinung, so daß die Betriebsräte für die

Einrichtung neuer Arbeitsplätze zu sorgen hätten, statt der Leistung von Überstunden zuzustimmen, und wenn ja, aus welchen Tatsachen oder auf Grund welcher sachverständiger Äußerungen kommt er dazu?

46. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welcher Auflage und in welchen Staaten wird die Farbdruckschrift des Bundespresse- und Informationsamts „Bundesrepublik Deutschland" im Ausland verteilt, und warum hat man darin verzichtet, Deutschland als Ganzes entsprechend der Verfassung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 darzustellen?

47. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gegen unbequeme Redakteure und Meinungsäußerungen katholischer Kirchenzeitungen so vorgegangen ist, wie dies in der Deutschen Tagespost vom 30. April 1976 dargestellt ist, und wenn ja, hält die Bundesregierung dieses Vorgehen für angemessen und rechtmäßig, und bis zu welchem Ergebnis oder Zeitpunkt gedenkt sie diese Aktion fortzusetzen?

48. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Welche „Stellungnahmen" sind gegebenenfalls seit Anordnung der Aktion bis zum Erscheinen des genannten Artikels an welche Kirchenzeitungen geschickt worden, und wer hat dazu jeweils die Weisung erteilt?

49. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren bestimmend, daß die Bundesregierung den in Friedland eintreffenden Aussiedlern eine Broschüre „Willkommen in der Bundesrepublik Deutschland" überreicht, in der einmal die DDR in der gleichen grauen Farbe wie das Ausland und zum anderen die Oder-Neiße-Gebiete nicht nur nicht in ihrer ganzen geographischen Ausdehnung, sondern die Städte zuerst mit ihren polnischen Benennungen dargestellt werden, so daß den Aussiedlern ein unzutreffendes Bild von ganz Deutschland geboten wird?

50. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Warum wird in der an die Aussiedler amtlich verteilten Broschüre „Willkommen in Deutschland" bei der Darstellung von Verfassung, Aufbau und Grundgesetz mit keinem Wort erwähnt, daß das gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden und den Verfassungsauftrag nach innen wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten?

51. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Warum wird in der an die Aussiedler amtlich verteilten Broschüre die Bundesrepublik Deutschland als „neuer Staat" bezeichnet und verschwiegen, daß ihr Staatsgebiet als nicht abtrennbarer Teil zum einheitlichen Staatsgebiet „Deutschland" (Deutsches Reich) gehört, nachdem „mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert" wurde?

52. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist es mit dem Grundgesetz vereinbar oder entspricht es vielmehr nur der polnischen Propaganda, wenn in der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung für die Verteilung an die Aussiedler aufgelegten Broschüre (Willkommen in der Bundesrepublik Deutschland) in den deutschen Ostgebieten polnische Ortsbezeichnungen verwendet werden, obwohl das Bundesverfassungsgericht verbindlich für alle Staatsorgane festgestellt hat, daß den Ostverträgen „nicht die Wirkung beigemessen werden kann . . ., die Gebiete östlich von Oder und Neiße aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der territorialen sowie personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens endgültig unterstellt" zu haben?

53. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist es mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn in einer Karte dieser Broschüre entsprechend der polnischen Propaganda die Grenzen Deutschlands nicht so dargestellt werden wie es im Einklang mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975 steht, wonach die Gebiete östlich von Oder und Neiße aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland nicht entlassen sind und alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet werden, alle Rechtspositionen des ganzen Deutschland nach innen wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

54. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, daß die tschechoslowakische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland einen Sichtvermerk nur dann erteilt, wenn der Reisepaß vom Reisedatum an mindestens noch vier Monate lang gültig ist, und entspricht dies der internationalen Praxis, und wenn nein, wird die Bundesregierung versuchen, eine Änderung zu erreichen?

55. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über das Schicksal des am 26. März 1976 in Buenos Aires verhafteten deutschen und argentinischen Staatsangehörigen Klaus Zieschank sowie des gleichfalls verhafteten deutschen Staatsangehörigen Falk, und welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um bei den argentinischen Behörden die Freilassung der beiden Verhafteten zu erreichen?

56. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß — wie in der Süddeutschen Zeitung vom 4. April 1976 gemeldet — die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Argentinien „Hoffnungen in die Militärjunta" setzt, weil diese bereit sein soll, nicht mehr an eine Verstaatlichung der Fernmeldeabteilung der argentinischen Siemens-Filiale zu denken, über eine Klage gegen die Firma Siemens positiv zu entscheiden, Entschädigungen für die Nichterfüllung von Verträgen an die Firma Siemens zu zahlen, die Firma Siemens mit neuen Großaufträgen zu bedenken, die Dresdner Bank AG für eine Verstaatlichung und die Hermes-Versicherung für verlorengegangene Kredite zu entschädigen?

57. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Gehört es gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung zu den Aufgaben der deutschen Vertretung in Argentinien, die Wirtschaftsinteressen der Firma Siemens AG, der Dresdner Bank AG und der Hermes-Versicherung wahrzunehmen und von der Erfüllung der im Namen dieser Firmen erhobenen Forderungen die Qualität der diplomatischen Beziehungen zu einer Militärjunta und die Bereitschaft zur Förderung von Entwicklungshilfevorhaben abhängig zu machen?

58. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Aus welchen Gründen weigert sich die Bundesregierung, mit der amerikanischen Regierung weiter wegen der Übergabe des Document Centers Berlin zu verhandeln?

59. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die jährlichen Aussiedlerzahlen Deutscher aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland seit 1970 bis Ende 1975, und wie haben sie sich jeweils monatlich entwickelt vom Abschluß der KSZE ab August 1975 bis 1. Mai 1976?

60. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie läßt sich die Feststellung von Bundesaußenminister Genscher, „eine Beteiligung von Kommunisten an einer europäischen Regierung würde schwerwiegende Probleme für die Gemeinschaft aufwerfen", vereinbaren mit der Aussage von Bundeskanzler Schmidt, eine Beteiligung von Kommunisten an den Regierungen Italiens oder Frankreichs würde „nicht

zwangsläufig eine Katastrophe bedeuten", und welche Haltung nimmt in diesem Zusammenhang die Bundesregierung zu der Äußerung des US-Außenministers Kissinger, „von Kommunisten könne man keine ausschließlich prowestliche Politik erwarten, da sich in einer Krise KP-Regierungen immer auf die Seite der Sowjetunion stellen würden", ein?

61. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time" die mögliche kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien oder Frankreich verglichen hat mit der Position von Kommunisten als Minister oder höhere Regierungsbeamte in Portugal und Island, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Meinung, daß ein solcher Vergleich auf Grund der wesentlich größeren politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Italiens oder Frankreichs nicht zutreffend ist?

62. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, denenzufolge sich die Bundesregierung auf Grund der neuen Sachlage mit Millionenbeträgen an der Unterstützung des Frelimo-Regimes in Mozambique beteiligen wird?

63. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Wäre die Bundesregierung bereit, durch den Vorschlag der Kodifizierung eines international gültigen Volksgruppenrechts einen ideellen Beitrag zur Lösung der in Südafrika anstehenden Probleme zu leisten?

64. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel polnische Wochen und an welchen Orten in der Bundesrepublik Deutschland seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags abgehalten worden oder bereits geplant sind, und wieviel deutsche Wochen in demselben Zeitraum in der Volksrepublik Polen und an welchen Orten stattgefunden haben oder demnächst stattfinden werden?

65. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche weiteren Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um sicherzustellen, daß es im Jahr 1978 ihren Intentionen entsprechend zu Direktwahlen zum Europäischen Parlament kommt?

66. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen und wird sie noch treffen, um ihrerseits dazu beizutragen, daß gerade aus Anlaß der 200-jährigen Wiederkehr der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten unsere enge Verbundenheit mit unserem wichtigsten Verbündeten vor der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar zum Ausdruck kommt?

67. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wird die Bundesregierung angesichts jüngster Äußerungen von Herrn Vorster in einem Interview mit „Newsweek", Südafrika werde sich notfalls auch mit Atombomben verteidigen und habe deshalb den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet, ihre Haltung zur genehmigungspflichtigen Ausfuhr eines Kernkraftwerks nach Südafrika revidieren?

68. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Abschluß eines Kulturabkommens mit Polen wegen der im Grundgesetz verankerten Pflicht, mit allen legalen Mitteln die Grundrechte Deutscher auch in den Oder-Neiße-Gebieten sicherzustellen, nur dann möglich ist, wenn die muttersprachlichen und kulturellen Rechte der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten, ihre Meinungsfreiheit, die freie Wahl der Ausbildung in der Muttersprache und ihre freie Religionsausübung im Rahmen der kulturellen Eigenart gesichert werden?

69. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen über ein Kulturabkommen mit der Volksrepublik Polen darauf geachtet, was am 18. März 1976 Staatsminister Moersch dem Bundestag zugesagt hat, daß „die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten von dem zu vereinbarenden Kulturaustausch nicht ausgeschlossen werden"?

70. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welches Verhalten der Bundesregierung führte dazu, daß — wie die Tageszeitung „Die Welt" meldete — 23 Verleger und Chefredakteure deutschsprachiger Zeitungen im Ausland während einer Reise durch die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1975 ein „niederschmetterndes Erlebnis" deswegen hatten, weil sie den Eindruck gewannen, daß die Bundesregierung sich mit ihrer auswärtigen Kulturpolitik nicht an die deutschsprechenden Menschen in den einzelnen Ländern wende und die Regierung mit ihnen keine Zusammenarbeit wünsche, und wie rechtfertigt die Bundesregierung dieses Verhalten?

71. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Konzeption hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik zur Zusammenarbeit mit deutschstämmigen Minderheiten in den verschiedenen Teilen der Welt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

72. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Stimmen Presseberichte, daß an Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland „gepanschtes" Benzin verkauft wird, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

73. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Stimmen Berichte, daß das Benzinbleigesetz dadurch unterlaufen wird, daß dem Benzin Aromate beigemischt werden, die umweltbelastender sind als das Blei, und wenn dem so ist, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

74. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Sachverständigen, daß nach der angestrebten Einführung eines gemeinsamen europäischen Passes im Bereich der Europäischen Gemeinschaft und der damit verbundenen Einschränkung bzw. Beseitigung von Kontrollen an den Grenzen der Rauschgiftschmuggel wesentlich erleichtert werden könnte, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für den Fall, daß sie diese Befürchtungen teilt, um die Umgehung des Einfuhrverbots von Rauschgift möglichst zu verhindern?

75. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß wegen Personalmangels die Streifentätigkeit des Bundesgrenzschutzes an der Zonengrenze nicht den tatsächlichen Anforderungen genügt und manche Abschnitte nur unregelmäßig und häufig in Abständen von mehr als zwölf Stunden kontrolliert werden, und trifft es insbesondere zu, daß es eine Stunde dauerte bis der Bundesgrenzschutz nach dem jüngsten durch Ostberliner Grenzbeobachter begangenen Mord am Tatort eintraf?

76. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, daß es sich bei dem „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", das für den 22. Mai 1976 eine Demonstration in Bonn plant und dazu einen Aufruf erlassen hat, um einen kommunistischen Tarnverband mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung handelt?

77. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Dient der Aufruf des Komitees nach Auffassung der Bundesregierung verfassungsfeindlichen Zielen, und ist seine Unterstützung deshalb bedenklich?

78. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen von Schwerpunktstreiks und Zensurmaßnahmen während des Arbeitskampfs in der Druckindustrie auf die Informations- und Meinungsfreiheit, und welche Schritte will die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs unternehmen, um eine Aushöhlung der Pressefreiheit in Zukunft zu verhindern?

79. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Entspricht ein Pressebericht über den Ost-West-Einakter-Auftritt von zwei hohen Bundesgrenzschutzbeamten vor einem Rotary- und Lions-Club den Tatsachen, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

80. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wie viele voll ausgebildete Beamte des Bundesgrenzschutzes — gemeint sind hiermit Polizeivollzugsbeamte, die eine Grund-, Gruppen-, Zug- und Hundertschaftsausbildung durchlaufen haben — stehen zur Zeit für den verbandspolizeilichen Einsatz uneingeschränkt zur Verfügung, und wie viele befinden sich hiervon im östlichen Grenzbereich?

81. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wird die von der Bundesregierung konzipierte Ausbildung der Bundesgrenzschutzbeamten, die eine Ausbildungsdauer von $3^1/_2$ Jahren erfordert, zur Erhaltung der Einsatzstärke im östlichen Grenzbereich die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen erfordern, damit die vorhandenen Planstellen nicht von Auszubildenden blockiert werden müssen, und wie weit sind gegebenenfalls entsprechende Pläne der Bundesregierung bisher gediehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

82. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Wieviel an Verwaltungskosten könnte erspart werden, wenn das Kindergeld über die Finanzämter ausgezahlt würde?

83. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

In welcher Form haben sich die Vertreter des Bundes in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit Bundesbeteiligung gegen Preiserhöhungen gestemmt, wie es Bundeskanzler Schmidt Pressemeldungen zufolge mit Blick auf die Automobilindustrie von Gewerkschaftsmitgliedern in den Unternehmensorganen verlangt?

84. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbslage der deutschen Obstverschlußbrennereien, die nach dem Willen des Gesetzgebers und nach den Bekundungen der Bundesregierung als mittelständische Betriebe geschützt werden sollen, angesichts einer mindest doppelt so hohen Belastung durch die Branntweinsteuer (incl. Überbrandregelung) gegenüber bäuerlichen Brennereien im In- und Ausland und die dadurch erwachsene Existenzbedrohung bzw. stärkere Abdrängung auf eine Händlerfunktion?

85. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Markt- und Wettbewerbssituation der Obstverschlußbrennereien im Hinblick auf die bevorstehende Obsternte und die zunehmende Tendenz der Verwertung ausländischen Obstes auch durch Abfindungsbrennereien?

86. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Wann wird die Bundesregierung die in der Drucksache 7/4558 für den „Beginn des Jahres 1976" angekündigten allgemeinen Richtlinien zum Artikel 106 Abs. 8 des Grundgesetzes vorlegen, und wann werden die betroffenen Gemeinden mit ersten Ausgleichszahlungen für Sonderbelastungen zu rechnen haben, die durch vom Bund veranlaßte Einrichtungen in den Gemeinden entstanden sind?

87. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, die der Präsident des Bundesrechnungshofs in seiner Eigenschaft als Beauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung in seinem Bericht vom Dezember 1975 vorgelegt hat, wonach Offiziere in militärfachlicher Verwendung bis zum 60. Lebensjahr und Soldaten des Sanitäts-, Militärmusik- und militärgeographischen Dienstes sowie des logistischen Bereichs bis zum 65. Lebensjahr zu dienen haben, und wenn ja, wird sie entsprechende Folgerungen daraus ziehen?

88. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Zukunft steuerlich abzugsfähige Raumgrößen und Einrichtungen im Bereich der Arztpraxen zu pauschalieren, weil dadurch bei Ärzten und Finanzbehörden der Verwaltungsaufwand erheblich verringert werden könnte?

89. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den britischen Stationierungsstreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland einige tausend zivile Arbeitnehmer aus finanziellen Einsparungsgründen der britischen Regierung entlassen werden sollen, und wenn ja, ist sie dagegen vorstellig geworden?

90. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bundeskanzler beim letzten Besuch in London mit dem britischen Premierminister übereinkam, sich in verstärktem Maß dafür einzusetzen, Arbeitsplätze für ältere arbeitslose Beschäftigte zu schaffen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dies bei den britischen Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen?

91. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung eine zum 1. August 1976 vorgesehene Mieterhöhung für Mietwohnungen für Bundesbedienstete abgesagt hat, sind davon alle Mietwohnungen für Bundesbedienstete betroffen, und welche Gründe waren für diese Entscheidung maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

92. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die deutsche Automobilindustrie dazu zu veranlassen, daß das „Sicherheitspaket" ohne besonderen Aufpreis zur Grundausstattung der PKW's in Zukunft gehört, zumal die Neuwagenpreise in den letzten Jahren um mehr als 20% gestiegen sind?
93. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)	Hält die Bundesregierung die jetzt vollzogenen erneuten Preiserhöhungen für Vergaserkraftstoffe — bei denen die Aral AG als Vorreiter auftrat — auf zum Teil über eine DM für gerechtfertigt, und wenn nein, was gedenkt sie dagegen zu tun?
94. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)	Was kann nach Ansicht der Bundesregierung generell gegen Preissteigerungen auf Märkten unternommen werden, auf denen der Preiswettbewerb überhaupt nicht oder nur unzureichend funktioniert?
95. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)	Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß die Bundesregierung in jüngster Zeit 17 zentrale Einrichtungen des Bundes errichtet hat und keine davon in den Randgebieten der Bundesrepublik Deutschland?
96. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)	Um welche Einrichtungen des Bundes kann es sich dabei gegebenenfalls handeln, und in welchen Städten wurden sie angesiedelt?
97. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung die Interessen der deutschen Kugellagerindustrie in Brüssel mit dem erforderlichen Nachdruck vertreten, und kann sie ein Zwischenergebnis ihrer Bemühungen in Brüssel gegen Dumpingangebote vorlegen?
98. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Bundeskanzler gesagt hat, „Preise haben gefälligst auf dem Umweg über den Markt die Kosten zum Ausdruck zu bringen. Und wenn die Kosten nicht gleich sind, dürfen die Preise nicht gleich sein. Ein Markt, auf dem die Preise gleich sind, obwohl die Kosten verschieden sind, da soll die Produktion mit zu hohen Kosten aus dem Markt herauskonkurriert werden. Und das darf nicht durch staatliche Planung — national wie international — verhindert werden." (Wirtschaftswoche vom 7. Mai 1976), und wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung daraus für die Kugellagerindustrie in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

99. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Welche Tatsachen rechtfertigen die Aussage des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau anläßlich der dritten Lesung der Novelle zum Bundesbaugesetz am 11. März 1976 im Deutschen Bundestag, daß dies die Legislaturperiode sei, „in der in der Bundesrepublik am meisten Eigenheime gebaut wurden"?
100. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen des beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau berufenen Arbeitskreises „Sozialer Wohnungsbau" über die künftige Entwicklung des Wohnungsbaus, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

101. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung inzwischen aus der Studie des Ifo-Instituts über die Behandlung und Förderung von Innovations- und Lizenzmodellen neue Erkenntnisse gewonnen?
102. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	In welcher Weise und in welchem Umfang werden besonders mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt, an neuen Innovations- und Lizenzmodellen erfolgreich und zumutbar teilzunehmen?
103. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtemperaturkernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, wie viele Wissenschaftler und sonstiges Forschungspersonal sind hiermit beschäftigt, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für die Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit?
104. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben für die Schnellen Brutreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, wie viele Personen sind mit der Entwicklung in beiden Ländern beschäftigt, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus, insbesondere unter Berücksichtigung der deutsch-französischen Vereinbarungen, für die Zusammenarbeit bei fortgeschrittenen Reaktoren aus der unterschiedlichen Entwicklung in beiden Ländern?

105. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um entsprechend ihren Ankündigungen eine Schließung des Internationalen Management-Instituts in Mailand herbeizuführen, und welche Kosten werden in den nächsten Jahren von der Bundesrepublik Deutschland noch für dieses Institut zu tragen sein?

106. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Mittel an das Internationale Institut für das Management der Technik fehlgeleitet wurden, und wenn ja, was hat die Bundesregierung unternommen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, und was hat sie insbesondere innerhalb des Bundesforschungsministeriums getan, um die verantwortlichen Beamten für die Kontrolle dieses Instituts im Hinblick auf ihre Tätigkeit zu überprüfen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß allen Gliederungen der SPD, bis hinab zu den Unterbezirken und Ortsvereinen, ein 16-seitiger hektographierter Katalog mit der Aufzählung aller Publikationen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung übermittelt wurde, und wenn ja, in welcher Größenordnung sind daraufhin für welche Publikationsorgane Bestellungen erfolgt?

2. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt erfolgt die Auslieferung dieser Publikationsorgane?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß die EG-Kommission in Brüssel die bisher an Peru gegebenen Hilfen verlängert, und ist sie gegebenenfalls bereit, in dieser Richtung initiativ zu werden?

4. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung meiner Meinung, daß nach der schon 1964 erfolgten Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags durch das französische Parlament und den zwischenzeitlich von den verschiedensten Seiten unternommenen erfolglosen Vorstößen, das sogenannte „Sequesterland" den Eigentümern wieder zugänglich zu machen, ein weiteres Bemühen um Änderung des Vertrags zwecklos ist?

5. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung daher bereit, das deutsch-französische Abkommen, so schnell wie möglich, dem Deutschen Bundestag zur Ratifizierung zuzuleiten?

6. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die Beurkundung von Verzichtserklärungen über Miteigentumsanteile an Grundstükken in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten zum Zweck der Ausreise von Verwandten, die Miteigentümer sind, sittenwidrig und damit nichtig ist, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt ein zur internationalen Konvention über blinde Passagiere, und wie ist der letzte Stand der Überlegungen zum Brüsseler Abkommen?

8. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Geburtendefizit sich 1975 weiter vergrößert hat, und zu welchen Schlußfolgerungen gibt dies — bejahendenfalls — der Bundesregierung Anlaß?

9. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wieviel Fälle sind der Bundesregierung zwischenzeitlich bekannt geworden, in denen der SSD versuchte, Arbeitslose als Agenten anzuwerben, und wird die Bundesregierung die Bevölkerung über die Methoden aufklären, mit denen die DDR derartige Agentenwerbung betreibt?

10. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung als de facto-Zensur ein verfassungswidriger Eingriff in die Pressefreiheit, wenn sich das technische Personal von Zeitungen, wie geschehen, weigert, ihm mißliebige Kommentare abzudrucken, und wenn ja, wird die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs gegebene Möglichkeiten nutzen, durch entsprechende Maßnahmen oder Initiativen das Recht des Journalisten und Redakteurs sowie des Lesers auf freie Information sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

11. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland Kreditinstitute gibt, die zu Wucherzinsen Geld verleihen, wodurch labile Naturen immer wieder in die Lage versetzt werden, betrügerische Geschäfte abzuschließen, die für sie meist beim Strafrichter enden, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, gegen derartige Geldverleiher vorzugehen?

12. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welcher Strafverfolgungsbehörde in der Bundesrepublik Deutschland sollen die Lockheed-Dokumente der US-Behörden nach dem zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Vertrag übergeben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß erhebliche private Kapitalmittel, die derzeit allein aus steuerlichen Gründen in wirtschaftlich oft fragwürdige Objekte (z. T. im Ausland) fließen, zur Finanzierung dringend notwendiger Investitionen im Kommunalbereich (z. B. Umweltschutzanlagen) zur Verfügung gestellt würden, wenn der Verwirklichung entsprechender Finanzierungsmodelle nicht steuerliche Hemmnisse entgegenstünden, und ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zum Abbau dieser steuerlichen Hemmnisse zu machen?

14. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen die Zurückweisung deutschen Alkohols an der französischen Grenze und gegen die Preisdifferenz Inlandpreis Frankreich 4,12 fr. zu 1,12 fr. bei Export in die Bundesrepublik Deutschland?

15. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Obstverschlußbrennereien im Vergleich zu den anderen Verschlußbrennereien als Folge der jüngst vom Bundestag beschlossenen Branntweinsteuernovelle steuerlich benachteiligt werden, wenn ja, wie wirkt sich diese Benachteiligung aus, und was gedenkt die Bundesregierung zur Behebung dieses Tatbestands zu unternehmen?

16. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Straßengüterverkehr erneut steuerlich zu belasten, und ist in diesem Zusammenhang an die Neuauflage des Leber-Pfennigs bzw. der Straßengüterverkehrsteuer gedacht?

17. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in bezug auf den Straßengüterverkehr und der dazu in Aussicht genommenen Durchführungsverordnung zu rechnen, und ist für deutsche Unternehmer im Hinblick auf die Wettbewerbsverzerrungen die Zahlung einer sehr hohen Kraftfahrzeugsteuer zu vertreten?

18. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen bestehen innerhalb der Bundesregierung hinsichtlich der Bewertung landwirtschaftlicher Wohnteile für die nächste Hauptfeststellung der Einheitswerte bzw. hinsichtlich einer Bewertung landwirtschaftlicher Wohnhäuser als Grundvermögen, und wann ist mit der nächsten Hauptfeststellung zu rechnen?

19. Abgeordneter **Röhling** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, über ihre bisherigen Bemühungen hinaus dafür Sorge zu tragen, daß die im Jahr 1975 erneut um rund 20 % auf 9,9 Milliarden DM gestiegenen Steuerrückstände abgebaut werden?

20. Abgeordneter **Röhling** (SPD)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Zinsverlust, der dem Bund, den Ländern und den Gemeinden dadurch entsteht, daß in 1975 fällig gewesene Steuern in Höhe von 9,9 Milliarden DM nicht entrichtet worden sind?

21. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Belastung von Sportunterricht in Sportvereinen mit Umsatzsteuer eine erhebliche Behinderung des Breitensports darstellt, und ist die Bundesregierung bereit, die Umsatzsteuerfreiheit nach § 4 Nr. 22 UStG auch auf derartige Veranstaltungen auszudehnen?

22. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Umsatzsteueranfall im Fall einer Erweiterung der Umsatzsteuerfreiheit nach § 4 Nr. 22 UStG auf Sportunterricht in den Sportvereinen?

23. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie in der FAZ vom 22. April 1976 gemeldet — Herr Brandt während seiner Amtszeit als Bundeskanzler das Engagement der Hessischen Landesbank bei der völlig überschuldeten Genfer Privatbank „Banque de Crédit International" sehr befürwortete?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

24. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Was kann die Bundesregierung tun, um für den Fall, daß die EG ihre Entscheidung auf Einführung des internationalen Einheitensystems im medizinischen Bereich nicht revidieren sollte, sicherzustellen, gegebenenfalls durch Übergangsvorschriften, daß es nicht zu Verwirrungen und Kostensteigerungen führt?

25. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die ländlichen Gebiete bei den Darlehen für Abwasserbeseitigung aus dem ERP-Vermögen benachteiligt sind, weil es nur für Kläranlagen und nicht für die Sammler Darlehen gibt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Richtlinien für die Vergabe von ERP-Mitteln zugunsten der ländlichen Räume zu ändern, weil ein Hinweis auf Möglichkeiten der regionalen Förderung nicht stichhaltig wäre, da Mittel aus diesem Programm für diese Zwecke nur in geringem Umfang vorhanden sind und ausschließlich für die Erschließung von Industriegelände eingesetzt werden?

26. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Hinblick auf behördlich bisher nicht aufgegriffene Fälle eines Mißbrauchs der Marktmacht von Presseunternehmen auf die Kartellbehörden im Sinne einer schärferen Handhabung der Mißbrauchsaufsicht gegenüber marktbeherrschenden Unternehmen im Pressebereich einzuwirken, und welchen Gebrauch beabsichtigt sie gegebenenfalls von solchen Möglichkeiten zu machen?

27. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung angesichts der fortdauernden Schwierigkeiten in der Energieversorgung aus den vom amerikanischen Kongreß im Dezember vergangenen Jahres verabschiedeten „Energy Policy and Conservations Act", mit dem Energieeinsparungen durch Absenkungen des Kraftstoffverbrauchs bis zu 40% erzielt werden sollen?

28. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierung der Republik Italien Verhandlungen mit ihren nationalen Automobilherstellern aufgenommen hat, um die wie in den Vereinigten Staaten von Amerika angestrebten Ergebnisse zu erzielen, und erscheint es nicht sinnvoll, die verschiedenen nationalen Bemühungen durch ein abgestimmtes gemeinsames Vorgehen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu bündeln?

29. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch die im Lebensmittelbereich schwer ringenden Betriebe des Zonenrandgebiets mit ihren gefährdeten Arbeitsplätzen als bevorzugten Bewerber mit Mehrpreisstaffel anzuerkennen?

30. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei künftig anstehenden Zinssenkungen der ERP-Kredite, insbesondere beim ERP-Gemeindeprogramm, angesichts der angespannten Haushaltslage der Gemeinden den Zinssatz unter 6% zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

31. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, daß Schweine unter Zollverschluß aus der DDR nach Holland und von dort in die Bundesrepublik Deutschland verkauft werden, und welche Auswirkung könnte eine solche Praktik auf Markt und Marktstatistik in der Bundesrepublik Deutschland haben?

32. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß durch eine perfektionierte Umweltschutzgesetzgebung Initiativen im landwirtschaftlichen Sektor auf sinnvolle Erweiterung landwirtschaftlicher Betriebe blockiert werden, und in welcher Form gedenkt man, die Beeinträchtigung des landwirtschaftlichen Bereichs entschädigungsgemäß auszugleichen?

33. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung dafür Hinweise, daß der französischen Landwirtschaft aus nationalen Mitteln ein teilweiser Ausgleich für den von der EG beschlossenen „Beimischungszwang" von Magermilchpulver bei Futtermitteln gezahlt wird, und wenn ja, wird sie ähnliche Maßnahmen ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Hat sich nach Meinung der Bundesregierung das Gesetz über die Schülerunfallversicherung bewährt, trotz der enormen Kostensteigerung (bis zum 8-fachen des Betrags von 1971), die die Etats der Gemeinden belastet?

35. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist mit einem weiteren großen Anstieg der Beiträge für die Gemeinden zu rechnen, und ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die einer weiteren Kostenexplosion Einhalt gebieten?

36. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wieviel Unfälle mit tödlichem Ausgang hat es im Jahr 1975 im häuslichen Bereich und in der Freizeit gegeben, und wie hat sich diese Zahl im Verhältnis zu früheren Jahren entwickelt?

37. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren zusätzlich zur Unfallverhütung und -aufklärung in diesem Bereich getan?

38. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß der mit der Novellierung des Tarifvertragsgesetzes (TVG) bekundete Wille nach sozialer Absicherung des in § 12 a TVG umrissenen Personenkreises, der in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis stehenden freien journalistischen Mitarbeiter von Tageszeitungen, auch verwirklicht wird, und sieht sie gegebenenfalls in einer Einschaltung einer Bundesschiedsstelle unter Beachtung der Bestimmungen des Tarifvertragsrechts und des Prinzips der Tarifhoheit der Sozialpartner eine Möglichkeit dazu?

39. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Gibt es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen, in bestimmten Härtefällen — bei einem Unfalltod des landwirtschaftlichen Unternehmers müssen Ehefrau und unverheiratete Kinder an die Krankenversicherung höhere Unternehmerbeiträge entrichten als vorher — Beihilfen des Staates zur Krankenversicherung zu zahlen, und wird auch in Zukunft das Witwenaltersgeld nur dann unabhängig vom Alter der Witwe gezahlt werden, wenn der verstorbene Ehemann altersgeldberechtigt war?

40. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter gemessen an der allgemeinen Entwicklung der Arbeitslosigkeit unverhältnismäßig stark zugenommen hat und die Tendenz sich immer mehr verstärkt, daß Unternehmen sich durch Freistellungsanträge davon freikaufen, Schwerbehinderte zu beschäftigen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

41. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Gefahr besteht, in Zukunft werde bald jeder fünfte statt wie derzeit jeder zehnte hörgeschädigt sein, und welche Schlußfolgerungen sind — bejahendenfalls — daraus für die Lärmschutzgesetzgebung zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

42. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung geprüft, ob ein Erwerb des Verwaltungsgebäudes des Badischen Gemeindeversicherungsverbands für die Unterbringung des Kreiswehrersatzamts vernünftiger ist und dem Gebot der Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte entspräche, als ein Neubau auf einem in Aussicht genommenen Grundstück, das sechs Kilometer von der Stadtmitte entfernt liegt?

43. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Bis wann ist mit einer Entscheidung über das Angebot des Badischen Gemeindeversicherungsverbands zu rechnen?

44. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Fahrzeuge der Bundeswehr vorsätzlich „schrottreif" demoliert wurden, wie in der Zeitung „Express" vom 26. April 1976 gemeldet wurde, und welche Maßnahmen wurden bejahendenfalls ergriffen, um die aufgetretenen Dienstpflichtverletzungen zu ahnden sowie ähnliche Vorkommnisse künftig auszuschalten?

45. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Arbeitsamt Göppingen — wie die „Neue Württembergische Zeitung" vom 22. April 1976 gemeldet hat — in einem Bericht festgestellt hat, daß jungen Männern nach Abschluß ihrer Ausbildung trotz zum Teil guter Leistungen der Arbeitsplatz gekündigt wird, wenn sie noch ihren Wehrdienst ableisten müssen, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Feststellung?

46. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung entsprechende Meldungen — u. a. im Zusammenhang mit dem von der CDU/CSU eingebrachten Gesetzentwurf zum Ausbau des Kündigungsschutzes für Wehrpflichtige — auch aus anderen Teilen des Bundesgebiets erhalten, und welche Maßnahmen will sie gegen diese Entwicklung ergreifen?

47. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die vom Bundesverteidigungsministerium getroffene Entscheidung, das geplante Sanitätsdepot in Zülpich-Rövenich zu errichten, endgültig aufgegeben worden ist, und wenn ja, welche Gründe waren dafür maßgebend?

48. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Trifft es zu, daß — wie kürzlich in Presseberichten geschildert wurde — Bundeswehrmotorräder zum Zwecke der Ausmusterung mutwillig zerstört wurden, und wenn ja, sieht die Bundesregierung dies als Einzelfall an oder sind ihr weitere Fälle bekannt?

49. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, in dem konkreten Fall alle disziplinar- und strafrechtlichen Mittel auszuschöpfen und etwaigen ähnlichen Fällen in geeigneter Weise vorzubeugen?

50. Abgeordneter **Dr. Gölter** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, nach denen Aerospatiale von der Regierung in Paris beauftragt worden sei, mit ihren deutschen Partnern VFW-Fokker und Messerschmidt-Bölkow-Blohm die Serienfertigung des deutsch/französischen Militärtransporters Transall C - 160 in einem Umfang von zunächst 75 Maschinen wieder anlaufen zu lassen, und wird die Bundesregierung dieserhalb mit der französischen Regierung Kontakt aufnehmen?

51. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Trifft es zu, daß sich die Flugzeugführer des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen" anläßlich eines Dienstbesuchs des kommandierenden Generals der Luftflotte so verhalten haben, wie von der Bildzeitung vom 5. Mai 1976 geschildert, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verhalten?

52. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wurden in diesem Zusammenhang Ermittlungen angestellt bzw. Disziplinarmaßnahmen ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

53. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird bei Kindergeldzahlungen der Familienstand der Kindergeldempfänger überprüft, und wie soll das Arbeitsamt dies im einzelnen durchführen, wenn es nicht mit entsprechenden anderen Behörden, insbesondere dem Einwohnermeldeamt, zusammenarbeitet?

54. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Ausgaben für zuviel gezahltes Kindergeld durch mangelnde Kontrolle des Familienstands bei dem jetzigen Verfahren der Kindergeldzahlung im Vergleich zu dem früheren Verfahren, bei dem jährlich in der Lohnsteuerkarte automatisch der Familienstand überprüft wurde und auch beim Lohnsteuerjahresausgleich Berücksichtigung fand?

55. **Abgeordnete Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Durchfallquoten bei der ärztlichen Vorprüfung bzw. der ersten ärztlichen Prüfung nach der Approbationsordnung für Ärzte in Berlin abweichend vom Bundesdurchschnitt von 29% bzw. 6,5% im Herbst 1975 auf nur 1,63% bzw. 0,6% im Frühjahr 1976 zurückgegangen sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

56. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, daß sich die Salmonellose, eine infektiöse Darmerkrankung, in den letzten drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland verdreifacht hat, und können gegebenenfalls diese Informationen mit den konkreten Zahlen der Erkrankungen belegt werden?

57. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt, und welche Maßnahmen sollten nach ihrer Meinung getroffen werden, um diese bedenkliche Entwicklung zu bremsen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, amtlich anerkannten Werkstätten der Fahrzeuggruppe landwirtschaftliche Fahrzeuge die Berechtigung zuzuerkennen, die vorgeschriebenen Umsturzbügel an Schleppern prüfungsrechtlich abzunehmen und die entsprechende Bescheinigung über deren ordnungsgemäße Anbringung anstelle einer TÜV-Überprüfung zu bescheinigen?

59. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze des Kreises Tuttlingen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Bundesbahnstrecke Freiburg—Tuttlingen—Ulm, und welche Folgen für die Entwicklung des gesamten südwestdeutschen Raums hätte ein Wegfall dieses einzigen in Ost-West-Richtung durchgehenden Schienenwegs?

60. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist nach Meinung der Bundesregierung eine sinnvolle Entwicklung des Oberzentrums Villingen—Schwenningen möglich, wenn die einzige Eisenbahnverbindung Rottweil—Villingen stillgelegt würde?

61. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Stehen nach Auffassung der Bundesregierung die Streckenstillegungspläne der Deutschen Bundesbahn innerhalb des Großraumverbands Braunschweig im Widerspruch zum Zonenrandförderungsgesetz, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

62. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Personenwagenverordnung (PWV) für den Bereich der Deutschen Bundesbahn so zu ändern, daß das Verhältnis von Nichtraucher- zu Raucherabteilen in den Zügen von derzeit 50 : 50 auf $^2/_3 : ^1/_3$ oder auf $^3/_4 : ^1/_4$ festgesetzt wird?

63. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund benötigt die Deutsche Bundesbahn die eigene Holzverbrennungsanlage, die sie nach dem vom Bundesverkehrsminister genehmigten Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 1976 gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz für rund 5,2 Millionen DM zu errichten beabsichtigt, und warum werden vorhandene kommunale Müllverbrennungsanlagen von der Deutschen Bundesbahn nicht mitbenutzt?

64. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Ist die von der Deutschen Bundesbahn getroffene Maßnahme, auf den Fährschiffen Puttgarden/Rødby Lebensmittelmärkte einzurichten und mit dem Sondertarif von 6 DM (Rückfahrkarte für den Verkauf) zu werben, unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs zwischen den lokalen Einzelhändlern tragbar?

65. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wettbewerbsnachteile der lokalen Einzelhändler auszugleichen?

66. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was ist bezüglich der vorgesehenen Rechtsverordnung zu erwarten, die international gesehen auf Grund des Fahrpersonalgesetzes erlassen werden soll, und was geschieht zur Einhaltung und Beachtung der Vorschriften bezüglich der EG-Sozialordnung?

67. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Unternehmer, die ihre Fahrzeuge regelmäßig im Bundesbahn-Stückgut-Hausverkehr einsetzen, drängt, ihre Fahrzeuge so auszustatten,

Führerhaus	=	kieselgrau (RAL 7032)
Fahrgestell	=	graphitgrau (RAL 7024)
Fahrzeugaufbauten	=	kieselgrau (RAL 7032) und erdbeerrotem, 18 cm hohem Längsstreifen (RAL 3018), DB-Emblem und perilweißer Aufschrift „Stückgut" (RAL 1013),

und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, unnötige Kosten und aufwendige Auflagen für das Speditionsgewerbe und damit indirekt für die Verbraucher zu vermeiden?

68. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Flugsicherung die Platz- und Anflugkontrolle am Flughafen Nürnberg einzuschränken beabsichtigt, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls die daraus zu erwartenden schwerwiegenden Nachteile für das periphere Nordostbayern zu vermeiden, die sich aus einer drohenden Einstellung des wichtigen Nachtluftpostdienstes ergeben?

69. Abgeordneter **Stücklen** (CDU/CSU)

Welches Nahverkehrskonzept hat die Bundesregierung hinsichtlich des Großraums Nürnberg—Fürth—Schwabach?

70. Abgeordneter **Stücklen** (CDU/CSU)

Denkt die Bundesregierung insbesondere an den Bau eines S-Bahn-Netzes, und wann und in welcher Weise gedenkt sie dies zu verwirklichen?

71. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Deutsche Bundesbahn bisher unternommen, um eine behindertengerechte Beförderung mit ihren Verkehrsmitteln zu ermöglichen, und hält die Bundesregierung den jetzigen Stand für ausreichend?

72. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Beseitigung der gefahrenträchtigen Ortsdurchfahrt Reinheim nicht für eine dringliche Maßnahme, und könnte diese Maßnahme gegebenenfalls aus der dem Land Hessen für kleinere Maßnahmen zur Verfügung stehenden Globalsumme finanziert werden, obwohl in dem kürzlich verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 die Umgehung der Stadt Reinheim im Zuge der B 38 nicht enthalten ist?

73. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die auf Grund der Novelle zum Bundesfernstraßengesetz vom 6. Mai 1976 vorgenommene Aufstufung zahlreicher Teilstrecken bisher als Fernstraßen klassifizierter Bundesstraßen zu Bundesautobahnen in den Verdichtungsräumen mit den verstärkten Bestrebungen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs verkehrstechnisch und verkehrswirtschaftlich im Sinne einer integrierten Verkehrsplanung ausreichend abgestimmt worden ist?

74. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, die für Bundesautobahnen — zum Teil gesetzlich — festgelegten Ausbauvorschriften, z. B. Abstandsvorschriften, ausbautechnische Standards usw., auf die nunmehr zu Bundesautobahnen hochgestuften Bundesstraßenteilstrecken anzuwenden und mit den städtebaulichen Erfordernissen zu vereinbaren?

75. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrer auf die Fragen B 35 und 36 (Drucksache 7/3737) am 12. Juni 1975 (Stenographischer Bericht, Seite 12 547, Anlage 59) erteilten Antwort fest, nach der im Rahmen der von der Deutschen Bundesbahn geplanten Aktion von Streckenstillegungen eine Betriebseinstellung auf der Strecke Heilbronn—Bretten—Karlsruhe nicht beabsichtigt sei, und trifft dies auch für die Strekken Bad Friedrichshall—Heidelberg, Lauffen—Leonbronn, Sinsheim—Eppingen und Heilbronn—Talheim mit zusammen 70 km oder 45% des derzeitigen Bundesbahn-Streckennetzes im Raum Heilbronn zu?

76. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche strukturpolitischen Nachteile mit dieser Strekkenstillegungsaktion für den ganzen Stadt- und Landkreis Heilbronn und das württembergische Unterland verbunden sein würde, in welchem Umfang die in diesem strukturschwachen Gebiet eingeleiteten Entwicklungsmaßnahmen zunichte gemacht werden könnten, und ist die Bundesregierung bereit, die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, alle die für die Wirtschaftsentwicklung des gesamten Raums Heilbronn schädlichen Vorhaben der Deutschen Bundesbahn zu verhindern?

77. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Prüfungen der Bundesregierung im Hinblick auf die Erhöhung der Diebstahls- und Fälschungssicherheit von Kfz-Kennzeichen, wie sie die Bundesregierung in der Beantwortung der Fragestunde am 18. September 1975 (Stenographischer Bericht über die 185. Plenarsitzung, Seite 13 075) in Aussicht

gestellt hat, und wird seitens der Bundesregierung Sorge getragen, daß bei der Lösung des Problems die Existenz einer Vielzahl mittelständischer Betriebe aus dem Bereich der Autoschilderherstellung nicht gefährdet wird?

78. Abgeordneter **Vehar** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß infolge der Kürzung der Bundesmittel für den Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) im Haushaltsjahr 1976 um 1 Million DM, die wichtigste Mitgliedsorganisation des DVR, die Bundesverkehrswacht, ihren diesjährigen Etat von etwa 4 Millionen DM im Jahr 1975 auf etwa 3 Millionen DM reduzieren mußte, und daß dies zur Folge haben muß, daß die Bundesverkehrswacht mit ihren etwa 600 Kreis- und Ortsverkehrswachten ihre bedeutende Aufgabe, die Bekämpfung der Verkehrsunfälle auf unseren Straßen, nicht mehr in dem Maß erfüllen kann, wie dies nach dem einstimmigen Willen aller Fraktionen des Deutschen Bundestages notwendig wäre, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

79. Abgeordneter **Vehar** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die von den Verkehrsteilnehmern erhobenen Bußgelder in erster Linie einer erzieherischen Aufgabe zu dienen haben, und wäre es dann nicht konsequent, wenn diese Mittel der Organisation zufließen würden, die in erster Linie auf Grund ihrer jahrzehntelangen Erfahrung und auf Grund der Tatsache, daß sich mehr als 100 000 Mitglieder ehrenamtlich für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, Anspruch darauf hätte?

80. Abgeordneter **Vehar** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Angaben des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) bestätigen, wonach die beiden größten Bundesländer im Jahr 1975 67 Millionen DM an Bußgeldern von Autofahrern eingenommen haben, und kann die Bundesregierung Zahlen nennen, welche Einnahmen insgesamt aus Bußgeldern der Kraftfahrer dem Staat in den letzten drei Jahren zugeflossen sind, aufgeschlüsselt jeweils auf die einzelnen Jahre?

81. Abgeordneter **Vehar** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Mittel für den Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) im Jahr 1976 um 1 Million DM gegenüber dem Jahr 1975 zu kürzen, nachdem der Deutsche Bundestag in einer einstimmig gefaßten Entschließung vor einigen Jahren die Bundesregierung aufgefordert hat, den DVR mit Bundesmitteln so auszustatten, daß er seine Aufgabe zur Hebung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen voll erfüllen kann?

82. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost am 23. Januar 1976 mittels einer Postkarte ein Angebot der Firma Feal System Bau GmbH für die Fassadenverkleidungsarbeiten am Neubau des Postscheckamts Karlsruhe abgelehnt hat, obwohl das Angebot um 1 Million DM unter den anderen Preisangeboten lag, und wenn ja, welche Gründe waren ausschlaggebend, das günstigste Angebot nicht zu berücksichtigen?

83. Abgeordneter **Sund** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Ausgabe einer Sonderbriefmarke zu unterstützen, deren Zuschlagserlös der beschleunigten Wiederaufforstung der verbrannten Waldgebiete in Niedersachsen und der Wiederherstellung des zerstörten Landschaftsgefüges dienen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

84. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für Demonstrativbauvorhaben vorgesehenen Mittel, die nur für Neubauten eingesetzt werden können, über eine Änderung der Richtlinien auch für Forschungsvorhaben, die die Schaffung von sozialem Wohnraum in bestehenden alten Stadtkernen durch entsprechenden Umbau von vorhandenen Gebäuden zum Gegenstand haben, einzusetzen?

85. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, sich erneut für eine notwendige Beschleunigung bei der Erteilung von Baugenehmigungen im Interesse der Bauherren und der Beschäftigung im Baugewerbe nachdrücklich einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

86. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die hohen von der Polzei in der „DDR" verhängten Bußgelder bei Verletzung der dort geltenden Verkehrsvorschriften auf einem geheimen Bußgeldkatalog beruhen, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um Ost-Berlin zur Offenlegung zu veranlassen, damit Reisende auf mitteldeutschen Straßen ihre Situation wirklichkeitsgerecht einschätzen können?

87. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Welche Kosten sind bisher für die Erstellung der Dokumentation „Zur Geschichte der politischen Verfolgung in Mitteldeutschland" — einschließlich eventueller Druckverbreitungskosten — entstanden?

88. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis kommen die Gutachten über die Dokumentation „Zur Geschichte der politischen Verfolgung in Mitteldeutschland", und welche weiteren Voraussetzungen sind für die Entscheidung über die Veröffentlichung des genannten Werks erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

89. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen sind die Leistungspläne der Bundesministerien im Bereich von Forschung und Technologie, wie sie im Zwischenbericht der Bundesregierung zur Koordinierung ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten angeführt werden, nicht einheitlich gegliedert und aufgebaut, um eine Vergleichbarkeit zu erleichtern, und warum sind die entsprechenden Finanzzuweisungen nicht mit aufgeführt?

90. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesforschungsministerium von anderen Ministerien verlangt, Leistungspläne zu erstellen, obwohl das Bundesforschungsministerium bis heute noch keine Leistungspläne für seine eigenen Forschungspläne vorgelegt hat, ähnlich wie der ursprüngliche Leistungsplan für das zweite Datenverarbeitungsprogramm?

91. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat der Bundesminister für Forschung und Technologie davon Abstand genommen, ein Zehnjahresprogramm „Forschung und Technologie im Dienste der Gesundheit" vorzulegen?

92. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird ein vorgesehenes Forschungsprogramm für den Gesundheitssektor innerhalb der Bundesregierung und mit den beteiligten Institutionen in Bund und Ländern und in der Wirtschaft koordiniert, und welches sind die Ergebnisse des vom Bundesforschungsministerium schon einmal vorgelegten Forschungsprogramms „Forschung und Technologie im Dienste der Gesundheit", das mit Gesamtausgaben von 2,3 Milliarden DM angekündigt worden war?

93. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Nach welchen Kriterien werden Forschungsvorhaben im verkehrstechnischen Bereich durch das Bundesfinanzministerium gefördert, und wie teilen sich die Förderungsmittel prozentual auf Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe auf?

94. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Kontrolliert die Bundesregierung die Förderungsmaßnahmen dahin gehend, daß Parallelentwicklungen vermieden werden und jeweils nur Vorhaben gefördert werden, die dem letzten Stand der Technik entsprechen?

95. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung untersuchen lassen, ob Kernenergieanlagen in den Bergmassiven der Bundesrepublik Deutschland gebaut werden können, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang eine Untersuchung über einen Nuklearpark in der Schweiz in einem Bergmassiv, die vom Institut für Reaktorforschung in der Schweiz vorgelegt wurde?

96. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind die Uran- und Thoriumreserven in der Bundesrepublik Deutschland bisher erfaßt worden, und gibt es größere Mengen von Gestein, insbesondere von Granit in der Bundesrepublik Deutschland, in denen große Mengen Uran und Thorium vorkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

97. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht und hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften eine Abstimmung der bestehenden Ferienordnungen im gemeinsamen Interesse erfolgt, und wird die Bundesregierung sich darum besonders bemühen, daß durch eine entsprechende Abstimmung der Ferienordnungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaften die Voraussetzungen dafür verbessert werden, daß es zumindest in der Osterzeit ermöglicht wird, Begegnungen junger Menschen aus allen Bereichen der Europäischen Gemeinschaften zu verwirklichen?

98. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftigen Arbeitsmöglichkeiten der nichtsozialistischen Studentenverbände wie z. B. des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), deren Finanzmittel des Bundes für politische Bildungsarbeit um ca. 25 Prozent gekürzt werden sollen und keine Beiträge aus der „DDR" erhalten?

Bonn, den 14. Mai 1976